

Veranstaltungsbericht

Prof. Dr. Karl Schlögel: Die Massen und der Massenmord

Vortrag in der Reihe „Nach dem Ende der Illusion: Was bleibt vom Kommunismus im 21. Jahrhundert?“

12. Dezember 2017 | 18 Uhr | Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstraße 5, 10117 Berlin

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Nach dem Ende der Illusion. Was bleibt vom Kommunismus im 21. Jahrhundert?“, die gemeinsam vom Centre Marc Bloch, dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur veranstaltet wurde, referierte der Osteuropahistoriker Prof. Dr. Karl Schlögel vor zahlreichen Zuhörerinnen und Zuhörern über die Frage nach dem Zusammenhang von Massenmord und Massenpartizipation anhand des großen Terrors in der Sowjetunion 1937/38 sowie der im Dezember 1937 stattgefundenen Wahl zum Obersten Sowjet.

In seiner Einführung verwies der Historiker Dr. Jan C. Behrends darauf, dass der große Terror der Jahre 1937/38 im heutigen Russland in Vergessenheit zu geraten drohe und Stalin stattdessen sogar wieder gefeiert werde. Umso wichtiger erscheine es ihm, zu fragen, wie der Ausnahmezustand möglich geworden sei.



Prof. Schlögel erklärte gleich zu Beginn seines Vortrages, dass ihm nicht daran gelegen sei, das „dunkle Zentrum auszuleuchten“. Vielmehr wolle er einen Schritt zurückgehen und deutlich machen, dass es sich bei den Mordaktionen 1937/38, denen mehr als 700.000 Menschen zum Opfer gefallen seien, um eine planmäßige Repressionswelle gehandelt habe. Anders als vorherige Aktionen habe dieser Gewaltexzess aber die Masse getroffen – einfache Leute – und nicht nur die Führungsgarde der Sowjetunion. Anhand von zeitgenössischen Quellen beschrieb Prof. Schlögel die bedrückende Atmosphäre jener Jahre: Der Feind sei überall gewesen: „Es konnte jeden treffen – und so war es auch.“ Schließlich seien die Organisatoren des großen Mordens 1938 selbst zur Zielscheibe geworden, viele der Täter seien schließlich selbst getötet worden.

In seinem Vortrag zielte Prof. Schlögel darauf ab, nach den Gründen und dem Vorlauf der großen Mordaktion zu fragen. Er verwies darauf, dass schon die Zeitgenossen die Frage nach dem Warum gestellt und den Gewaltexzess sehr unterschiedlich gedeutet hätten: Einige glaubten, dass es sich um einen großen Irrtum handeln müsse, während andere meinten, dass Stalin nichts von den Aktionen gewusst habe, da er sonst eingegriffen hätte. Schließlich waren nicht wenige davon überzeugt, dass „der Faschismus selbst die Macht in den Sicherheitsorganen ergriffen habe.“ Alle Interpretationen zeigten die große Unsicherheit, die die Menschen damals geprägt habe und die auch im Ausland herrschte, wo man die Gewaltverbrechen lange beschönigt habe.

Zwischenzeitlich seien zwar viele Forschungsarbeiten zu diesem Thema entstanden und es habe sich nach dem Ende der Sowjetunion in den 1990er-Jahren ein vollständigeres Bild von der sowjetischen Gesellschaft ergeben, doch fehle es nach wie vor an Arbeiten, die die großen Fragen ausdifferenziert behandelten: War der große Terror von 1937/38 Zufall oder Zwangsläufigkeit? Stellte das Jahr 1937 den „Kulminationspunkt der Revolution“ dar oder deren Abwicklung? Handelte es sich beim großen Terror um die Durchsetzung eines von Beginn an feststehenden Projekts oder geschah das Morden aus einem bestimmten Moment der Unsicherheit und Insta-

bilität heraus? Prof. Schlögel appellierte an das Auditorium, eine mit dem großen Terror in Verbindung stehende Kontingenz anzuerkennen und sich stärker mit der Gleichzeitigkeit und dem Nebeneinander unterschiedlicher Vorgänge in der Sowjetunion der 1930er-Jahre auseinanderzusetzen. Im Folgenden bekräftigte er dieses Argument, indem er den Zusammenhang zwischen der Mordaktion 1937 einerseits und der im gleichen Jahr stattfindenden Massenmobilisierung zur Wahl des Obersten Sowjets andererseits herausarbeitete. Er verfolgte dabei die Hypothese, dass eine Wechselwirkung zwischen der öffentlich ablaufenden Wahl und der geheimen Mordaktion bestanden habe. Anders als von der Forschung häufig angenommen, sei die Wahl am 12. Dezember 1937, bei der mehr als 90 Millionen Sowjetbürgerinnen und Sowjetbürger an die Urnen gegangen seien, mehr als „nur eine gegenstandslose Farce“ gewesen. Als Massenereignis habe sie eine enorme organisatorische Leistung vorausgesetzt. Allein die Organisation der Wahl habe 1,5 Millionen Menschen eingebunden. Schon in der Nacht vor dem eigentlichen Wahltag hätten die Menschen Schlange vor den Wahllokalen gestanden und selbst in den Fernzügen sei es möglich gewesen, an der Wahl teilzunehmen. Überhaupt sei die Wahl umfangreich vorbereitet worden. Von der Ankündigung der Abstimmung im Juli 1937, über die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten bis hin zu Massenmeetings in allen Regionen im Herbst 1937 sei seitens der KP alles darauf ausgerichtet gewesen, ein Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für die Volkseinheit und die Überlegenheit des Einparteiensystems zu schaffen und damit den Sinn der Wahlen zu erklären, bei der es selbstverständlich nicht darum gegangen sei, Alternativen zu durchdenken, sondern die Machthabenden zu bestätigen.

Dem eigentlichen Wahlakt sei in den Jahren zuvor eine „rätselhafte Entwicklung der Wahlrechte“ vorausgegangen sei. Den Hintergrund der Wahl stellte die als Stalin-Verfassung bekannt gewordene Sowjetische Verfassung von 1936 dar, die anders als vorherige Verfassungstexte der Sowjetunion nicht die Diktatur des Proletariats hervorhob, sondern vorher ausgeschlossene Gruppen wieder zu inkludieren versuchte. Stalin hatte allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen versprochen und damit auch international den Eindruck erweckt, demokratisch zu agieren. Es schien, als „spiegele das Projekt die Zuversicht der Zentrale, die Gesellschaft zu pazifizieren“ begründete Prof. Schlögel die Hoffnungen, die die sowjetische Bevölkerung in Bezug auf die Wahl entwickelt habe.

Auf dem Plenum des Zentralkomitees der KP im Februar/März 1937 sei dann jedoch deutlich geworden, dass die Parteiführer in den Regionen der eigenen Bevölkerung misstrauten und den Wahlen aus diesem Grund äußerst skeptisch begegnet seien. Die Regionalchefs seien mit Blick auf die bevorstehende Abstimmung verunsichert, einige regelrecht panisch gewesen. Sie hätten nicht verstehen können, warum Stalin das Risiko einging, eine Niederlage zu erleiden. Die lokalen Parteichefs seien äußerst beunruhigt gewesen, weil vormals deportierte Kulaken im Vorfeld der Wahl und mit Verweis auf die neue Verfassung ihr Land zurückforderten oder sich Angehörige des orthodoxen Klerus als Gegenkandidaten aufstellen ließen und mit Erfolgen rechnen konnten. Die regionalen Parteiführer hätten sich nicht erklären können, warum man den Bauern oder dem Klerus solche Freiräume öffnen sollte. Stalin aber, argumentierte Schlögel, habe auf genau diese Reaktionen abgezielt: „Er befeuerte die Demokratie, um den Partei- und Gewerkschaftsfunktionären einzuheizen.“ Tatsächlich habe die Massenkritik, die die neue Verfassung erlaubt habe, die mittleren und höheren Führungsebenen massiv unter Druck gesetzt und zahlreiche Opfer gefordert. Enttäuschte und frustrierte Arbeiterinnen und Arbeiter hätten die Möglichkeit genutzt, mit ihren Vorgesetzten abzurechnen, die sie für Wohnungsnot und Lebensmittelknappheit verantwortlich machten. Der „organisierte Volkszorn“ habe Denunziationswellen ausgelöst und einen „radikalen Personalwechsel auf allen Ebenen“ möglich gemacht, weil der „Stalinismus von oben“ mit dem „Aufstiegswillen von unten“ einhergegangen sei und viele der vom Neid zerfressenen und vom Klassenhass angetriebenen Menschen ihre Chance für einen Karrieresprung sahen.

Die Büchse der Pandora sei schließlich auf dem Juli-Plenum des ZK 1937 geöffnet worden. Dort seien zwei Dokumente besprochen worden: die Wahlordnung und der NKWD-Befehl 447 „über die Operation zur Repression ehemaliger Kulaken, Krimineller und anderer antisowjetischer Elemente“. Für die einzelnen Regionen seien

unmittelbar darauf auf Basis des Befehls 447 Quoten ausgearbeitet worden, die die Provinzchefs noch zu überbieten versuchten, um ihre Macht zu sichern und Stalin ihre Loyalität zu beweisen. Es sei ein regelrechter Wettbewerb entstanden, möglichst viele Menschen zu deportieren oder zu töten mit der Begründung, sämtliche „sozialen Unruheherde“ ersticken zu wollen. Tagtäglich habe es willkürliche Festnahmen gegeben, die später verlesenen Urteile über diese Menschen hätten schon vorher festgestanden, Geständnisse seien durch Folter erpresst und völlig Unschuldige getötet worden, ohne dass sie je erfahren hätten, warum man sie umbrachte. Vor allem die Menschen, die Hoffnungen auf die neue Wahlordnung gesetzt hatten, seien allein für ihren Glauben an eine Reform der bestehenden Ordnung bestraft worden. Das alles schien aber noch nicht auszureichen. Die stetig wachsende Angst vor den möglichen Misserfolgen kommunistischer Kandidaten habe im Oktober 1937 letztlich dazu geführt, dass die Wahlordnung revidiert und die Quoten für Erschießungen noch einmal erhöht worden seien. Trotzdem hätten die Wahlen zum Obersten Sowjet stattgefunden und von den 90 Millionen Menschen, die an die Urnen gegangen waren, hätten über 90 Prozent die Kandidaten der KP gewählt. Doch dürfe nicht vergessen werden, dass dieses Ergebnis auch zeige, dass 600.000 Stimmen als ungültig gewertet worden seien und damit 600.000 Menschen ihre Unzufriedenheit mit dem vorherrschenden Regime deutlich zum Ausdruck gebracht hätten.

Abschließend formulierte Schlögel drei Überlegungen, die ihn im Hinblick auf die Vielzahl offener Fragen besonders beschäftigten: Erstens verwies er noch einmal auf die Tatsache, dass es sich bei der Wahlkampagne 1937 um eine der bedeutendsten Massenmobilisierungen in der Geschichte der Sowjetunion handelte. Bei diesem Zusammenspiel von Macht und Masse sei es darum gegangen sei, eine homogene Gesellschaft zu schaffen. Schlögel bezeichnete dies als eine „Art sowjetischer Volksfrontbildung“, die genauer untersucht werden müsse. Zweitens dürfe nicht vergessen werden, dass die Sowjetunion der 1930er-Jahre kein durchherrschter Staat gewesen sei, sondern ein Land im Umbruch. Der Gewaltexzess des Jahres 1937 müsse daher auch als Akt der „Selbstbehauptung einer in Wahrheit schwachen Macht“ verstanden werden. Drittens habe die „Erfindung eines Feindes, auf den alles Unglück zurückgeführt werden kann“ letztlich zur Stabilisierung des Systems beigetragen und den Umgang mit Bedrohungen von außen entscheidend geprägt. Diese drei Punkte belegten, so Schlögel, dass eine monokausale Deutung des Jahres 1937 nicht bestehen könne, sondern nur die Akzeptanz der Kontingenz unterschiedlicher Ereignisse und Prozesse es ermögliche, den großen Terror zu beschreiben und zu deuten.

Im Anschluss an den Vortag konnten die Zuhörerinnen und Zuhörer Fragen an den Referenten stellen. Mehrere Beiträge zielten dabei auf die Frage ab, warum die kommunistische Führung überhaupt Wahlen zugelassen habe. Prof. Schlögel wies in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hin, dass die Wahlen 1937 den Endpunkt einer langen Debatte dargestellt hätten. Er erklärte, dass die sowjetische Führung es sich zu diesem Zeitpunkt möglicherweise tatsächlich zugetraut habe, die „vom Bürgerkrieg zerrissene Gesellschaft wieder zu eihen“.

Ebenfalls diskutiert wurde, inwieweit die nationale Frage bei der Vorbereitung der Wahlen eine Rolle gespielt habe. Karl Schlögel bestätigte, dass dieser Punkt ebenfalls genauer erforscht werden müsse, da die nach ethnischen Kriterien ausgewählten Opfer des Großen Terrors mehr als die Hälfte der insgesamt Getöteten ausgemacht hätten. Neben vielen anderen Beispielen zeige eben auch dieses, dass sich ein weites Feld auftue, sobald diese ungeheuerliche Aktion als Problem erst einmal auf die Tagesordnung käme. Viele Desiderate seien noch zu bearbeiten. Er könne aus demselben Grund keine Antwort auf die Frage geben, warum der Terror geendet habe. Was er hingegen sicher sagen könne, sei, dass „alle Geschichte nur auflösbar ist, indem man sie erzählt“.

Maria Neumann